

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1818**

4.2.1818 (Nr. 35)

# Karlsruher Zeitung.

Nr. 35.      Mittwoch, den 4. Februar.      1818.

Deutsche Bundesversammlung. (Beschluß des Auszugs des Protokolls der 3. Sitzung am 19. Jan.) — Nassau. — Sachsen-Weimar. — Frankreich. (Deputirtenkammer.) — Großbritannien. (Eröffnung des Parlaments.) — Italien. — Oestreich. — Schweiz.

## Deutsche Bundesversammlung.

Beschluß des Auszugs des Protokolls der 3. Sitzung am 19. Jan. Großherzogl. und herzogl. sächsische Häuser: Die Gesandtschaft werde bei ihren Höfen darauf antragen, sie binnen vier Wochen mit Instruktionen über die kais. östreichische Proposition zu versehen. Braunschweig u. Nassau, wie Hannover. Mecklenburg-Schwerin und Strelitz stimmen damit überein, daß diese kais. östreich. Proposition vorläufig sofort den Regierungen zur Instruktionseinholung vorgelegt werde, um, in Folge der angetragenen Verlaßnehmung, so viel möglich, sich erklären zu wollen, damit dieser wichtige Gegenstand alsdann hier am Bundestage zur weitern Rücksprache und Berathung gebracht, und eine endliche Abstimmung solchergestalt vorbereitet werde. Holstein-Oldenburg, Anhalt u. Schwarzburg, wie Mecklenburg. Hohenzollern, Lichtenstein, Neuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck, wie Baiern. Die freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg, wie Mecklenburg. Die Anlage der kais. östreich. Proposition wurde unter Zahl 2 diesem Protokolle angefügt, hierauf aber beschloffen: daß über die kais. östreich. Proposition, die Grundzüge des deutschen Militär- und Vertheidigungswesens betreffend, Verlaß zur Einholung der nöthigen Instruktionen genommen werde, um sich, so viel möglich, innerhalb 4 Wochen darüber zu erklären. Preussen. Der Gesandte ist beauftragt, in Beziehung auf die in der 55. Sitzung erfolgten kommissarischen Vorschläge, wegen einer provisorischen Pensionirung der vormaligen Angehörigen des

deutschen Ordens, zu erklären, wie man königl. preuß. Seits die bei diesen Vorschlägen gehegte Absicht nicht verkenne, bei ermangelnder Wahrscheinlichkeit einer baldigen befriedigenden Anordnung des Gegenstandes, für das Erste einige Beruhigung und Aushülfe für die meistens sehr bejahrten Interessenten zu bewirken. Wenn es jedoch mit diesem Zwecke verbunden seyn möchte, das nächste Begehren ohne weiteres wiederum an diejenigen Regierungen zurückzustellen, an welche, lediglich als an Besitzer von Gebieten, in den vormaligen Ordensbesitzungen gelegen, das Ansuchen der einzelnen Interessenten zunächst gestellt worden war, so kann doch die königl. preussische Regierung weder ersüchlich zu dem Anschein regelmäßiger Vertheilung und zu dem bedeuten Maße der Anforderung stimmen, die aus den erfolgten Vorschlägen hervorgehen, noch kann dieselbe zweitens der Natur des Gegenstandes und der Stellung der Bundesversammlung, so wie dem wahrer Interesse der Betheiligten, entsprechend finden, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der Sache nunmehr auf unmittelbare Unterhandlung zwischen den in Anspruch kommenden Regierungen gestellt werden soll. Was vielmehr das erstere, oder den etwaigen Betrag einer provisorischen Vorschusspension betrifft, so ist derselbe theils an und für sich, theils nach der Zahlungsbestimmung auf zwei Jahre, mehr ausgedehnt, als es bei statt findender gerechter Erwartung, daß die definitive Erledigung nicht über alles Maas verzögert und erschwert werde, erforderlich oder angemessen erscheint. Was das zweite oder eine solche bestimmte Anordnung des Gegenstandes betrifft, wie sie der Vorschrift und dem Sinne der Bundesakte entspricht, so bieten sich der

Bundesversammlung die Gelegenheit und die Mittel, ein befriedigendes Resultat zu erwirken, durch leichtere Zusammenbringung der Materialien und Gemeinschaftlichkeit der Erörterung auch am leichtesten dar. Und die preussische Regierung hegt, auf bereits zu Stande gebrachte ähnliche Regulirungen gestützt, die Zuversicht, daß ein regelmäßiges Verfahren auch hier noch endlich zu einem erwünschten Ziele führen werde, so wie dieselbe denn auch das Vertrauen in die bereits ernannte Kommission setzt, daß dieselbe, bei eigner Uebernahme der reiferen Erörterung, die von ihr selbst dem Gegenstande vorbehalten worden, ein solches Resultat auch selbst um so gewisser erwirken werde, als der dabei zu verfolgende Gesichtspunkt in der von ihr gemachten Proposition bereits angedeutet worden, und die Ansicht der Kommission (was die jetzt zu bewirkende Anordnung betrifft), von der Ansicht der preussischen Regierung nur darin wesentlich abzuweichen scheint, daß die Kommission das geeignetere Mittel zum Zwecke in die gesonderte Unterhandlung der betreffenden Regierungen setzt, wogegen die preussische Regierung dafür hält, daß eine solche Anordnung ein völlig pflichtmäßiger und ganz geeigneter Gegenstand für die Wirksamkeit der Bundesversammlung sey. Wenn übrigens die königl. preuß. Regierung auch diesen Antrag hauptsächlich auf das allein auf solchem Wege reell zu fördernde Interesse der Reklamanten gründet, so will dieselbe auch ausserdem ihre Bereitwilligkeit, Rücksichten des Wohlwollens und der einstweiligen Aushülfe statt finden zu lassen, auch bei dieser Gelegenheit gern bethätigen, und hoft solches durch die bereits getroffene Anordnung zu erweisen, nach welcher eine zu solchem Zwecke ausgeworfene Vorschusssumme von achtzehntausend Gulden, mit Vorbehalt künftiger gerechter Ausgleichung, auf die von der Kommission bezeichneten Reklamanten in solcher Art verwandt werden soll, daß die erstere Hälfte derselben mit 9000 fl. sofort, und die andere Hälfte binnen einigen Monaten durch die Gesandtschaft in solcher näherer Art vertheilt werde, als dieselbe durch ihre Regierung mit näherer Vorschrift deshalb bereits versehen ist. In dem die diesseitige Regierung hiermit auch bei dieser Gelegenheit diejenige Berücksichtigung zu erweisen glaubt, die von ihr auf jede hier vollführte oder versuchte Erledigung vorliegender Angelegenheiten, selbst bei statt findender Unmöglichkeit der Genehmigung und des Ein-

verständnisses, gern genommen wird, so glaubt dieselbe auch dagegen, daß von sämtlichen Bundesregierungen in gleicher Art das klar vorliegende Bedürfnis werde erkannt werden, daß es nunmehr endlich auch in Beziehung auf diesen Gegenstand zu einer mehr befriedigenden Erörterung komme, als demselben bis dahin zu Theil geworden ist. Sämtliche Stimmen vereinigten sich hierauf zu dem Beschluß, daß dieselbe Kommission, welche den in der 55. Sitzung vorigen Jahres erstatteten Vortrag übernommen habe, ersucht werde, die Grundsätze, wonach die Pensionsangelegenheit der deutschen Ordensritter definitiv zu erledigen sey, zu erörtern, und der Bundesversammlung vorzutragen, wozu nächst die Instruktionen hierüber einzuholen und nach der Stimmenmehrheit der Beschluß zu fassen wäre. — Das Einreichungsprotokoll wurde verlesen, und beschloffen, die unter Zahl 4 bis 7 einkommenden Vorstellungen der Kommission zuzustellen.

#### N a s s a u.

Wiesbaden, den 1. Febr. Da durch ein landesherrliches Edikt vom 27. v. M. die Versammlung der Landstände des Herzogthums Nassau, nach den Bestimmungen der Landesverfassung, beschlossen worden, so ist die Eröffnung der Wahlversammlungen durch das herzogl. Staatsministerium festgesetzt, wie folgt: 1) Die Wahlversammlung der adelichen Gutsbesitzer, auf den 14. Febr., zu Wiesbaden; 2) der größeren Gewerbesbesitzer, auf den 12. Febr., zu Wiesbaden; 3) der begütertesten Grundeigentümer: a) für den ersten Distrikt auf den 9. zu Wiesbaden; b) für den zweiten Distrikt auf den 14. zu Weilburg, und c) für den dritten Distrikt auf den 12. Febr. zu Hadamar.

#### S a c h s e n = W e i m a r.

Weimar, den 27. Jan. Das hier erscheinende Blatt, der Volksfreund, von Wieland, kündigt an, daß die Nummern 13 und 14 dieses Blattes einstweilen nicht ferner ausgegeben werden können, daß die Herausgeber aber unverzüglich in den Stand zu kommen hoffen, jeden Wunsch deshalb zu befriedigen, und dann auch über die Art des eingetretenen Hindernisses Nachricht zu geben gedenken. — Laut des Eisenachischen Wochenblatts sind im Laufe des J. 1817 in dem Staupenbezirk Eisenach an königl. preuß. und einigen andern

allirten Truppen einquartiert und verpflegt worden: 717 Offiziers, 24.331 Unteroffiziers und Gemeine, 104 Arrestanten und 5335 Pferde.

### F r a n k r e i c h.

Paris, den 31. Jan. Die gestern in der Deputirtenkammer fortgesetzte Abstimmung über das Rekrutierungsgesetz war abermals öfters sehr stürmisch, und rühte nur bis zum 16. Art. vor.

Der König hat gestern mit dem Herzoge von Richelieu gearbeitet, und dann eine Spazierfahrt nach St. Cloud gemacht.

In der verfloffenen Nacht ist der Herzog von Wellington hier angekommen.

Nachrichten aus Havana zufolge, die man zu Cadix erhalten haben will, ist Mina am 10. Nov. in Mexiko als Gefangener angekommen, und man erwartete daselbst die Entscheidung seines Schicksals von Madrid aus.

Gestern standen die zu 5 v. h. konsolidirten Fonds zu 66½, und die Bankaktien zu 1565 Fr.

(In unserm vorgestrigen Artikel von Paris ist, statt Nigremont, zu lesen: Nigrefeuille.)

### G r o ß b r i t a n n i e n.

London, den 27. Jan. Die neuliche Nachricht von Verschiebung der Eröffnung des Parlaments bis zum 4. Febr. war unrichtig. Diese Eröffnung hat, der letzten Prorogation zufolge, heute wirklich statt gehabt, und zwar durch eine von dem Prinzen Regenten ernannte Kommission. In der Eröffnungsrede wurde zuerst der fortdauernden Krankheit des Königs und des Todes der Prinzessin Charlotte Erwähnung gethan, dann die Versicherung gegeben, daß der Prinz Regent ununterbrochen Beweise der freundschaftlichsten und friedfertigsten Gesinnungen von Seiten der fremden Mächte erhalte, und daß es ihm nicht minder zu großer Beruhigung und Freude gereiche, ankündigen zu können, daß der Stand der Nationalindustrie, des öffentlichen Credits und des Staatseinkommens im verfloffenen Jahre in fortschreitender Verbesserung sich gezeigt habe; hierauf wird das demnächst vorzuliegende Budget für das laufende Jahr der ernstlichsten Aufmerksamkeit des Unterhauses empfohlen, und die Anzeige von zwei mit Spanien und Portugal abgeschlossenen Verträgen wegen Abschaffung

des Sklavenhandels gemacht; schließlich wird des großen Mißverhältnisses zwischen den bestehenden Pfarreien der herrschenden Kirche und der anwachsenden Bevölkerung des Königreichs gedacht, und das Parlament aufgefordert, die Abhülfe der dadurch in religiöser und moralischer Hinsicht entstehenden Nachteile sich bestens anzulegen seyn zu lassen. — Gestern fielen die zu 3 v. h. konsolidirten Fonds von 80½ bis zu 78½.

### I t a l i e n.

Am 8. Jan. wurde zu Neapel dem Könige durch den Staatssekretär des Departement der auswärtigen Angelegenheiten, Marchese di Circello, der Ritter v. Lagerward zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens als königl. schwedischer Minister-Resident vorgestellt. — Von Rom wird unterm 18. Jan. gemeldet, ein Korsar habe kürzlich in der Gegend von Rimini großen Schrecken verbreitet, sich verschiedener an dem Ufer gelegener Schiffe bemächtigt, und die Mannschaft derselben kurz darauf, im hilflosesten Zustande und selbst aller ihrer Kleidungsstücke beraubt, wieder ans Land gesetzt.

### D e s t r e i c h.

Wien, den 28. Jan. Am 23. d. ist ein schon länger erwartetes Handbillet des Kaisers an den neuen obersten Kanzler, Grafen v. Saurau, wegen Wiedervereinigung der Wiener Stadthauptmannschaft mit der niederösterreich. Regierung, erschienen. Es wird übrigens nur ein kleiner Theil des Wirkungskreises dieser nun aufgelösten Stelle der Regierung zugetheilt; denn ein Theil ihrer Geschäfte wird auch dem Wiener Stadtmagistrate, ein anderer der Polizei-Oberdirektion, ein dritter dem Kreisamte des Viertels von Döblich unter dem Wiener Walde zugetheilt, und dieses Kreisamt daher von dem Markte Traiskirchen, wo es bisher war, in eine der Vorstädte Wiens verlegt werden. — Dem provisorischen Bankgouverneur und den provisorischen Bankdirektoren haben Se. Maj. der Kaiser für ihre, bis zur Aufhebung der provisorischen Bankdirektion unentgeltlich geleisteten eifrigen Dienste Ihre Zufriedenheit bezeugen lassen. — Gestern stand hier die Konventionsmünze zu 298½.

### S c h w e i z.

St. Gallen, den 30. Jan. Die Preise der Le-

bensmittel sinken! allenthalben, der Typhus aber wandert, und scheint in der innern Schweiz strenger zu regieren, als er es an der Gränze that. Fast in jeder Gemeinde des Kantons Zug z. B. finden seit einiger Zeit täglich ein oder zwei Begräbnisse statt. — Graubünden verlor am 6. an dem Hr. von Salis-Marsch-

lins einen verdienten Naturforscher und gemeinnützigen Patrioten. — Endlich sind bei den 4 Linienregimentern in Frankreich wieder Werbungsgelder angesagt, und eine kleine, die Rückstände lange nicht erreichende, Summe ist bereits eingetroffen. Die Routegelder fehlen aber noch im Ganzen.

## B a d e n.

### Auszug aus den Karlsruher Witterungs-Beobachtungen.

3. Febr.	Barometer	Thermometer	Wind	Hygrometer	Witterung überhaupt.
Morgens 7	27 Zoll $3\frac{1}{8}$ Linien	$1\frac{1}{8}$ Grad über 0	Südwest	68 Grad	stürmisch, trüb
Mittags 3	27 Zoll $4\frac{1}{8}$ Linien	$2\frac{1}{8}$ Grad über 0	Südwest	57 Grad	trüb, windig
Nachts 11	27 Zoll $4\frac{1}{8}$ Linien	$1\frac{1}{8}$ Grad über 0	Südwest	69 Grad	Schneeflocken, trüb

Sinsheim. [Krämermarkt: Verleugung.] Da für dieses Jahr der hiesige Krämer-Josephi-Markt auf den grünen Donnerstag fällt, so wird solcher auf Mittwoch, den 11. März l. J., verlegt. Wovon man das kommerzirende Publikum in Kenntniß setzt.

Sinsheim, den 19. Jan. 1818.  
Großherzoglicher Stadtrath.  
Schmoll.

Gottsau. [Fruchtsäcke: Versteigerung.] Auf Montag, den 9. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr, werden dahier einige tausend Stück Fruchtsäcke, Partienweise zu 25 Stück, an den Meißbietenden gegen baare Zahlung versteigert; wozu die etwaigen Liebhaber anmit eingeladen werden.

Gottsau, den 26. Jan. 1818.  
Großherzogliche Domainenverwaltung.  
Hoyer.

Oberkirch. [Früchte: Versteigerung.] Donnerstag, den 12. Febr. d. J., Vormittags 11 Uhr, werden auf dem Bureau der hiesigen Domainenverwaltung der Steigerung ausgesetzt:

4 Trtl. Weizen,  
6 = Korn,  
90 = Dinkel,  
30 = Gerst,  
20 = Haber.

Wozu allenfallsige Liebhaber eingeladen werden.

Oberkirch, den 29. Jan. 1818.  
Großherzogliche Domainenverwaltung.  
Walter.

Billingen. [Früchte: Versteigerung.] Am Samstag, den 14. Febr., und dann jedesmal am ersten Samstag eines jeden der folgenden Monate des Jahres 1818, werden verschiedene Gattungen Früchte, vorzüglich aber Weizen und Haber, im Wege der öffentlichen Steigerung an Meißbietende von dem hiesigen herrschaftlichen Sprücher verkauft werden; welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Billingen, den 27. Jan. 1818.  
Großherzogliche Domainenverwaltung.  
Billmann.

Ueberlingen. [Früchte: Versteigerung.] Mittwoch, den 11., 18. und 25. künftigen Monats Februar, je-

desmal Nachmittags 2 Uhr, wird bei hiesiger Großherzogl. Domainenverwaltung ein Quantum Früchte von beiläufig

20 Malter Kernen,  
20 Malter Haber,  
4 Malter Gerste,  
4 Viertel Erbsen,

öffentlich und gegen gleich baare Zahlung an den Meißbietenden versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Ueberlingen, den 27. Jan. 1818.  
Großherzogliche Domainenverwaltung.  
Altmayer.

Heitersheim. [Früchte: Versteigerung.] Von den, höchster Vorschrift zufolge, zum Verkauf ausgesetzten herrschaftl. Früchten werden im Laufe künftigen Monats Februar, an jedem hiesigen Wochen-Markttag, Vormittags um 10 Uhr, ohngefähr 200 Mutt theils Weizen, theils Roggen und Melzer, auch Gerste und Haber, gegen baare Bezahlung in öffentlicher Steigerung an den Meißbietenden überlassen werden. Die Liebhaber sind hiermit dazu eingeladen.

Heitersheim, den 25. Jan. 1818.  
Großherzogl. Gefälleverwaltung Staufen zu Heitersheim.  
Ludwig.

Mannheim. [Anzeige und Meubles: Versteigerung.] Einem in- und ausländischen Publikum haben wir Untertogen die Ehre, ergebenst anzuzeigen, daß wir unsere Meublesniederlage aus der Behausung Lit. Q 1 Nr. 16 in das geräumige Lokale des Weinhändlers Hrn. Sauerbeck verlegen. Durch unermüdeten Fleiß und Pünktlichkeit werden wir uns bestreben, dem seit Jahren genossenen Zutrauen dankvoll zu entsprechen, und, wo möglich, noch mehr zu empfehlen. Zugleich verbinden wir hiermit die Anzeige, daß wir, dem Wunsche mehrerer Freunde zufolge, eine Partie Meubles von geprübter Güte, in allen Holzgattungen, als Kaunige, Komode, Bettstellen, Tische, Schränke, Kanape'es, Stühle aller Arten (auch mit Weiden geflochtene Stühle), kurz alle Gattungen Meubles durch öffentliche Versteigerung gegen gleich baare Zahlung an den Meißbietenden verkaufen werden, womit wir Donnerstag, den 12. künftigen Monats Februar, Vormittags 9 Uhr, anfangen werden; wozu wir unsere Freunde und Gönner in unser dormaliges Lokale Lit. Q 1 Nr. 16 höchst einladen.

Mannheim, den 28. Jan. 1818.  
Die Schreinerzunft.